

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

EU-Gipfel: Die wahren Verhandlungen beginnen jetzt mit dem Europäischen Parlament

Foto: © Der Rat der Europäischen Union



Die 27 europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich im Rahmen des EU-Gipfels auf einen neuen EU-Finanzrahmen (2014 - 2020) geeinigt. Die Ausgaben dürfen in den kommenden 7 Jahren max. 960 Milliarden Euro betragen. Dieser Finanzrahmen tritt allerdings nur in Kraft, wenn die Regierungen aller 27 EU-Staaten wie auch das Europäische Parlament zustimmen. In einer gemeinsamen Erklärung nehmen hierzu die Vorsitzenden der vier größten Fraktionen im Europäischen Parlament – Joseph Daul (EVP-Fraktion), Hannes Swoboda (S&D-Fraktion), Guy Verhofstadt (ALDE-Fraktion) sowie Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit (Fraktion der Grünen) – wie folgt aktuell Stellung:

„Die Priorität des Europäischen Parlaments ist der Ehrgeiz, Wachstum und Investitionen in

der EU zu fördern, und dadurch dazu beizutragen, dass die EU die Krise dauerhaft hinter sich lassen kann.

Diese Einigung wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nicht stärken, sondern schwächen. Sie liegt damit nicht im ersten Interesse unserer europäischen Bürger.

Das Europäische Parlament kann die heutige Einigung auf diesem Stand nicht akzeptieren. Wir bedauern, dass Herr van Rompuy in den vergangenen Monaten nicht mit uns gesprochen und verhandelt hat.

Die wahren Verhandlungen beginnen jetzt mit dem Europäischen Parlament. Wir halten unsere vier Prioritäten, die wir oft genug genannt haben, aufrecht.

Wir sehen mit Verwunderung, dass die EU-Regierungschefs

einem Haushalt zustimmen, der zu einem strukturellen Defizit führen kann. Eine große Lücke zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungen wird in der Zukunft Probleme aufwerfen anstatt heute Probleme zu lösen. Wir halten an Artikel 310 des Vertrages fest, der einen ausgeglichenen Haushalt vorsieht.

Zudem gibt es vier wichtige Punkte, auf denen wir weiter bestehen:

Erstens fordern wir mehr Flexibilität unter Nutzung von Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit: zwischen Jahren und zwischen Ausgabenkategorien. Dieser Ansatz erlaubt uns, den besten Nutzen aus den finanziellen Ressourcen zu ziehen.

Zweitens bestehen wir auf einer verpflichtenden Überprüfungsklausel mit qualifizierter Mehrheitsabstimmung im Rat, die uns erlauben würde, den Fi-

nanzrahmen in zwei oder drei Jahren zu überarbeiten. Wir akzeptieren keinen Sparhaushalt für sieben Jahre.

Drittens fordern wir neue, echte Eigenmittel für den europäischen Haushalt, die das bestehende System der BNE-Beitragszahlungen schrittweise ablösen.

Viertens können wir keinen Haushalt akzeptieren, der sich nur an den Prioritäten der Vergangenheit misst. Wir müssen zukunftsorientierte Schritte unternehmen und Europas Wettbewerbsfähigkeit und Forschung stärken. Das Ergebnis des endgültigen Haushalts wird entscheiden, ob das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts als Zeit weiterer Integrationsschritte zum Wohle aller Europäer erinnert wird, oder als Zeit des Stillstands für Europa, oder gar eines Zurückfallens in einer globalisierten Welt.“

Foto: © Nahrung



Ulmer im Gespräch mit Hedegaard

Hoher Besuch in dieser Woche im Straßburger Abgeordnetenbüro von Dr. Thomas Ulmer MdEP: EU-Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard führte mit Ulmer ein ausführliches Informationsgespräch zu der Thematik CO₂-Ausstoß bei Automobilen, diskutierte mit ihm über den Kommissionsvor-

schlag wie auch über die von Ulmer erarbeiteten Vorschläge, mit welchen sich derzeit der zuständige Ausschuss des Europaparlaments beschäftigt.

Die dänische Politikerin und ehemalige Journalistin Connie Hedegaard (EPP) ist seit Februar 2010 EU-Kommissarin.

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Arzneimittel müssen schneller zur Verfügung gestellt werden



Dr. med. Peter Liese (EVP/CDU) und Dr. med. Thomas Ulmer (EVP/CDU) informieren / Europäisches Parlament setzt sich für Patienten und innovative mittelständische Industrie ein

Straßburg. Die Mitgliedstaaten müssen ihre Verfahren beschleunigen, damit Arzneimittel für die Patienten schneller zur Verfügung gestellt werden. Dies fordert das Europäische Parlament als mitentscheidender Gesetzgeber in seiner Stellungnahme zur sogenannten „Transparenzrichtlinie“. Arzneimittel werden entweder von der Europäischen Arzneimittel-Agentur in London oder von den Behörden der Mitgliedstaaten nach einem europäischen Verfahren zugelassen. Das heißt, sie sind wirksam und Nebenwirkungen sind vertretbar. Anschließend haben die Mitgliedstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip jedoch die Möglichkeit zu entscheiden, zu welchem Preis sie in dem jeweiligen Land verkauft werden, und ob sie überhaupt vom öffentlichen Gesundheitssystem oder der gesetzlichen Krankenkasse erstattet werden.

Seit 1989 muss aber diese Entscheidung bestimmten Regeln gehorchen, damit das Verfahren für alle Akteure transparent ist und tatsächlich eine Entscheidung getroffen wird. In der Praxis werden die

Fristen von den Mitgliedstaaten jedoch nicht eingehalten.

Es dauert oft über zwei Jahre, bis eine Entscheidung gefällt wird. „Dies führt dazu, dass die Patienten innovative Arzneimittel nicht erhalten, obwohl diese zum Teil lebensrettend sind. Gerade für die innovative, mittelständische Industrie bedeutet dies ein echtes Hindernis“, sagt Peter Liese, gesundheitspolitischer Sprecher der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP, Christdemokraten).

Deswegen unterstützt das Parlament grundsätzlich einen Kommissionsvorschlag, der die Fristen verkürzt und vor allen Dingen die Durchsetzung der Fristen verbessern soll. „Die Sicherheit der Patienten ist weiterhin wichtig, jedoch dürfen innovative Arzneimittel nicht unnötig blockiert werden,“ so der praktizierende Arzt und Mitglied des Europäischen Parlaments Dr. Thomas Ulmer (EVP, Christdemokraten).

Die Abgeordneten gehen aber auf die Bedenken der Mitgliedstaaten ein, indem sie nicht ganz so strenge Fristen verlangen wie die Europäische Kommission. Im Ministerrat ist der Vorschlag zurzeit blockiert. Liese und Ulmer hoffen, dass das Votum des Parlamentes Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen bringen wird.

EU-Parlament beschließt neue Geräuschgrenzwerte für Pkw

In dieser Woche hat das Parlament in Straßburg neue Geräuschpegelgrenzwerte für Pkw beschlossen. Zukünftig müssen neue Pkw strengere Werte einhalten. Es ist allgemein anerkannt, dass Lärmbelastung durch den Straßenverkehr zu gesundheitlichen Schäden führen kann. Gleichzeitig gilt es, den Spagat zwischen Umweltschutz, Geräuschbeschallung und Straßenverkehrssicherheit herzustellen.

Dr. Thomas Ulmer MdEP: „Wenn Motoren leiser werden sollen, müssen sie gekapselt

werden. Das bedeutet aber mehr Gewicht, was wiederum zu höheren CO₂-Emissionen führt. Schmalere Reifen mindern zwar das Abrollgeräusch, gehen aber auf Kosten des Bremsweges.“ Gleichzeitig wurde beschlossen, dass europaweit einheitliche Geräuschsysteme zur Erkennung von Elektrofahrzeugen eingeführt werden. Elektrofahrzeuge sind zu leise und können im Straßenverkehr eine Gefahr für Blinde und Kinder bedeuten. Daher zeigte sich Ulmer sehr zufrieden mit der gefundenen Lösung.

EuGH: Fußball für alle

Das Recht der EU-Bürger, über Ereignisse mit großem öffentlichen Interesse informiert zu werden, wurde vom Europäischen Gerichtshof gestärkt. Zu solchen Ereignissen gehören beispielsweise auch Fußballspiele.

Nach dem Urteil auf Grundlage der EU-Richtlinie zu audiovisuellen Mediendiensten muss der Inhaber von Übertragungsrechten anderen Sendern Material zur Kurzberichterstattung von bis zu 90 Sekunden für Nachrichtensendungen zur Verfügung stellen.

Dabei dürfen nur die technisch bedingten Kosten in Rechnung gestellt werden. Diese sind in vielen Fällen sehr gering.

„Jeder, der keinen Zugang zu Pay-TV-Sendern hat, kann somit kurz über den Spielverlauf informiert werden. Ein schönes Beispiel, dass das Grundrecht auf Informationsfreiheit hier wichtiger ist als die unternehmerische Freiheit einiger Anbieter“, freut sich der Fußballfan Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Besucherguppe im EP in Straßburg



Gymnasium Neckargemünd

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261.893991 Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, BNC, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahgang.com

Bildnachweis: Titelbild und Portralfoto Ulmer: © Matthias Busse; Foto Europäischer Rat: ©

Der Rat der Europäischen Union; Foto Liese: © CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im

Europäischen Parlament; Foto Hedegard und Besucherguppe: © Heike Nahrgang

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu